

Schriften zum Steuerrecht

---

Band 49

# Die Besteuerung grenzüberschreitender Verschmelzungen

Von

Oliver Meyer



Duncker & Humblot · Berlin

**OLIVER MEYER**

**Die Besteuerung grenzüberschreitender Verschmelzungen**

# **Schriften zum Steuerrecht**

**Herausgegeben von Prof. Dr. Joachim Lang  
und Prof. Dr. Jens Peter Meincke**

**Band 49**

# **Die Besteuerung grenzüberschreitender Verschmelzungen**

**Von  
Oliver Meyer**



**Duncker & Humblot · Berlin**

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Meyer, Oliver:**

Die Besteuerung grenzüberschreitender Verschmelzungen / von  
Oliver Meyer. – Berlin : Duncker und Humblot, 1995

(Schriften zum Steuerrecht ; Bd. 49)

Zugl.: Konstanz, Univ., Diss., 1993

ISBN 3-428-08240-0

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten

© 1995 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Color-Druck Dorfi GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0582-0235

ISBN 3-428-08240-0

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
gemäß der ANSI-Norm für Bibliotheken

*Meinen Eltern*



## Vorwort

Diese Untersuchung lag der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Konstanz im Sommersemester 1993 als Dissertation vor. Literatur und Rechtsprechung wurden bis April 1993 berücksichtigt.

Herr Prof. Dr. Werner F. Ebke hat die Arbeit betreut und mich bei ihrer Verwirklichung auf vielfältige Weise unterstützt, wofür ich ihm zu Dank verpflichtet bin. Zu danken habe ich auch Herrn Prof. Dr. Dr. Carsten Thomas Ebenroth für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Mein Dank gilt ferner den Herren Prof. Dr. Joachim Lang und Prof. Dr. Jens Peter Meincke für die Aufnahme in die von ihnen herausgegebene Reihe sowie dem Land Baden-Württemberg für die Gewährung eines Promotionsstipendiums. Ganz besonders herzlich danke ich schließlich meinen Eltern, Bettina und dem Team der DeVau Datenverarbeitungssysteme GmbH, ohne deren tatkräftige Unterstützung ich dieses Projekt niemals hätte realisieren können.

Köln im Dezember 1994

*Oliver Meyer*





# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	19
A. Ziel der Arbeit .....	20
B. Gang der Untersuchung und Abgrenzung des Themas .....	20
I. Zivilrechtliche Rahmenbedingungen .....	21
II. Die Fusionsrichtlinie und ihre Auswirkungen .....	21
III. Steuerrechtliche Rahmenbedingungen .....	21
<i>1. Kapitel</i>	
<b>Wirtschaftliche Bedeutung von Verschmelzungen</b>	23
A. Betriebswirtschaftliche Aspekte .....	24
B. Volkswirtschaftliche Aspekte .....	26
<i>2. Kapitel</i>	
<b>Gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen</b>	28
A. Abgrenzung der Verschmelzung .....	28
B. Entwicklung des Verschmelzungsrechts .....	31
C. Verschmelzung von inländischen Aktiengesellschaften .....	32
I. Ablauf des Verschmelzungsverfahrens .....	33
1. Verschmelzungsvertrag .....	34
2. Verschmelzungsbericht .....	34
3. Verschmelzungsprüfung .....	35
4. Zustimmung der Hauptversammlungen .....	35
5. Eintragung der Verschmelzung .....	36
6. Urkundenumtausch .....	37
II. Gläubigerschutz und Organhaftung .....	37
III. Verschmelzungswirkungen .....	37
D. Grenzüberschreitende Verschmelzung .....	38
I. Kein Verbot grenzüberschreitender Verschmelzungen .....	39

II. Kollisionsrecht .....	40
III. Materiellrechtliche Hindernisse .....	43
1. Interessen der Aktionäre der Übertragerin .....	44
2. Interessen der Gläubiger der Übertragerin .....	45
3. Arbeitnehmerinteressen .....	46
E. Europäische Vorhaben .....	46
I. Richtlinienvorschlag zur grenzüberschreitenden Verschmelzung .....	47
II. Die Europäische Aktiengesellschaft .....	49
<i>3. Kapitel</i>	
<b>Die EG-Fusionsrichtlinie</b>	
	51
A. Inhalt der Fusionsrichtlinie .....	54
I. Rechtsgrundlage .....	54
II. Wegzugsbesteuerung und Niederlassungsfreiheit .....	56
III. Anwendungsbereich der Fusionsrichtlinie .....	57
1. Vorliegen einer Fusion.....	57
2. Begünstigte Steuersubjekte .....	58
a) Grenzüberschreitende Vorgänge .....	58
b) Begünstigte Gesellschaftstypen .....	59
c) Beschränkung auf EG-ansässige Gesellschaften .....	60
d) Beschränkung auf Körperschaftsteuersubjekte .....	60
IV. Grundprinzip der Fusionsrichtlinie .....	61
V. Besteuerung der übertragenden Gesellschaft .....	62
1. Voraussetzungen für die Steuerneutralität .....	63
a) Teilbetriebsbedingung .....	64
b) Betriebstättenbedingung .....	64
c) Steuerverstrickungsbedingung .....	66
2. Übertragung des Verlustabzuges .....	66
3. Wahlweise Gewinnrealisierung und steuersystematische Einordnung .....	67
VI. Besteuerung der Anteilseigner der Übertragerin .....	68
VII. Besteuerung der übernehmenden Gesellschaft .....	69
VIII. Sonderfall der Übertragung einer Betriebstätte .....	70
B. Anwendungsvorrang der Fusionsrichtlinie .....	71
I. Bedeutung der unmittelbaren Wirkung .....	71
II. Gründe der unmittelbaren Wirkung .....	73
III. Voraussetzungen für die unmittelbare Wirkung .....	74

1. Inhaltliche Unbedingtheit .....	75
2. Hinreichende Bestimmtheit .....	77
IV. Unmittelbar geltende Bestimmungen .....	77
V. Haftung bei Nichtumsetzung einer Richtlinie .....	78
C. Richtlinienkonforme Auslegung .....	79

#### *4. Kapitel*

### **Steuerliche Gewinnrealisierung und Entstrickung** 81

A. Die Bilanz in der steuerlichen Gewinnermittlung .....	81
B. Die Entstehung von stillen Rücklagen .....	82
C. Stille Rücklagen als Einkommen .....	84
I. Subjektbindung der stillen Rücklagen .....	85
II. Objektbindung der stillen Rücklagen .....	87
D. System der Gewinnrealisierung .....	88
I. Realisierungen durch Umsatzakte .....	90
1. Besondere Veräußerungstatbestände nach dem EStG .....	90
2. Tausch und tauschähnliche Transaktionen .....	90
3. Sonderfälle .....	91
II. Ersatzrealisationstatbestände ohne Verwertungsakte .....	92
1. Entnahmetatbestände .....	92
2. Verlegung der Geschäftsleitung ins Ausland .....	93
3. Beginn der Steuerbefreiung .....	93
4. Sonderfälle .....	93
III. Allgemeiner Entstrickungsgrundsatz .....	95
1. Die Begriffe der Ver- und Entstrickung .....	96
2. Der Entstrickungsgrundsatz im positiven Recht und in der Rechtsfortbildung .....	98
a) Entstrickung als allgemeines ertragsteuerliches Prinzip? .....	100
b) Verbot der steuerverschärfenden Analogie .....	102
3. Gewinnrealisierung durch Steuerentstrickung in der Rechtsprechung .....	104
E. Einordnung der Verschmelzung: Umsatzakt oder gesellschaftsrechtlicher Organisationsakt? .....	106
I. Die Meinung der Literatur .....	107
II. Die Meinung der Rechtsprechung .....	108
III. Stellungnahme .....	109
1. Zivilrechtliche Betrachtungsweise .....	110
2. Wirtschaftliche Betrachtungsweise .....	113
a) Verschmelzung auf gesellschaftsrechtlicher Basis .....	113

b) Verschmelzung auf betrieblicher Basis .....	114
3. Richtlinienkonforme Auslegung .....	115
4. Gesellschaftsrechtlicher Organisationsakt .....	115

### *5. Kapitel*

## **Steuerrechtliche Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitende Verschmelzung** 117

A. Besteuerung der inländischen übertragenden Gesellschaft .....	117
I. Die innerstaatliche Verschmelzung .....	118
II. Anwendbare Steuerregel .....	119
1. Auflösung und Abwicklung nach § 11 KStG .....	120
2. Anwendbarkeit von § 12 Abs. 1 KStG .....	121
a) Auslegung von § 12 Abs. 1 KStG .....	121
b) Analoge Anwendung von § 12 Abs. 1 KStG .....	123
3. Anwendbarkeit von § 12 Abs. 2 KStG .....	124
4. Die grenzüberschreitende Verschmelzung als Entnahmetatbestand .....	125
5. Anwendbarkeit des UmwStG auf grenzüberschreitende Verschmelzungen .....	126
a) Grammatikalische Auslegung .....	128
b) Historische Auslegung .....	129
c) Systematische Auslegung .....	129
d) Objektiv-teleologische Auslegung .....	130
e) Auslegungsergebnis .....	131
III. Erfolgswirksame Verschmelzung nach § 14 Abs. 1 UmwStG .....	132
1. Ansatz mit dem gemeinen Wert der Gegenleistung .....	133
a) Aktien der Übernehmerin als Gegenleistung .....	133
b) Bare Zuzahlungen als Gegenleistung .....	134
c) Gewährleistung ordnungsgemäßer Bewertung .....	135
2. Ansatz des Endvermögens mit den Teilwerten .....	135
a) Ausnahmen von der Pflicht zum Teilwertansatz .....	136
b) Sonderfall der steuerfreien Rücklagen .....	138
3. Mischfälle.....	139
4. Möglicher Problemfall: Ausländisches Vermögen .....	139
a) Kein Übergang durch Gesamtrechtsnachfolge .....	139
b) Übergang durch Gesamtrechtsnachfolge .....	140
aa) Kein DBA mit dem Belegenheitsstaat .....	140

bb) Bei DBA mit dem Belegenheitsstaat .....	141
5. Schlußfolgerung: Anwendbarkeit des UmwStG .....	141
IV. Steuerneutrale transnationale Verschmelzung .....	142
1. Antrag .....	142
2. Verlustabzugsrecht nach § 10 d EStG .....	143
3. Keine Gegenleistung oder Entschädigung in Gesellschaftsrechten .....	144
4. Sicherstellung der Besteuerung .....	144
a) Verpflichtung zur Buchwertfortführung .....	146
aa) Vorliegen einer Betriebsstätte .....	148
bb) Entstehung einer inländischen Betriebsstätte durch die transnationale Verschmelzung .....	150
b) Fortführung der Buchwerte bei der Betriebsstätte .....	151
aa) Buchführungspflicht für inländische Betriebsstätten .....	151
bb) Fortführung von Abschreibungen und Besitzzeiten .....	153
c) Zuordnung der Wirtschaftsgüter zur Betriebsstätte .....	153
d) Ermittlung und Zuordnung des Betriebsstättengewinns .....	156
aa) Ermittlungsmethoden .....	158
bb) Innenverhältnis Stammhaus / Betriebsstätte .....	160
(1) Erster Lösungsversuch: Der fingierte Vertrag .....	161
(2) Die Rechtsprechungslösung: Die finale Entnahmetheorie .....	162
(3) Die Verwaltungslösung: Der neutrale Ausgleichsposten .....	163
(4) Eigener Lösungsweg .....	164
5. Besteuerung größtenteils sichergestellt .....	168
B. Besteuerung der Aktionäre der inländischen übertragenden Gesellschaft .....	169
I. Meinung der Rechtsprechung .....	170
II. Stellungnahme .....	171
C. Besteuerung der inländischen übernehmenden Gesellschaft .....	173
I. Keine Buchwertfortführung bei der Übernehmerin .....	174
II. Steuerpflichtiger Übernahmegewinn .....	175
III. Übertragung einer inländischen Betriebsstätte .....	176
D. Besteuerung der Verschmelzung ausländischer EG-Gesellschaften .....	176
I. Die Übertragerin ist beschränkt steuerpflichtig .....	176
II. Inländische Anteilseigner der ausländischen Übertragerin .....	177

<i>6. Kapitel</i>	
<b>Ergebnisse</b>	
	178
A. Gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen .....	178
B. Die EG-Fusionsrichtlinie .....	179
C. Steuerliche Gewinnrealisierung und Entstrickung .....	179
D. Die Besteuerung der inländischen übertragenden Gesellschaft .....	180
E. Besteuerung der Aktionäre der inländischen übertragenden Gesellschaft .....	183
F. Besteuerung der inländischen übernehmenden Gesellschaft .....	184
G. Besteuerung der Verschmelzung ausländischer EG-Gesellschaften .....	184
<b>Fazit</b>	
	185
<b>Literaturverzeichnis</b>	
	186

## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
ABIEG.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
ADHGB	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
AfA	Absetzung für Abnutzung
AG	Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AktG	Aktiengesetz
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AStG	Außensteuergesetz
Aufl.	Auflage
AWD	Außenwirtschaftsdienst des BB
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebsberater (Zeitschrift)
Bd.	Band
BewG	Bewertungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Amtliche Sammlung von Entscheidungen des BFH
BGH	Bundesgerichtshof
BMF	Bundesminister der Finanzen
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drucks.	Bundestag-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung von Entscheidungen des BVerfG
bzw.	beziehungsweise
CDFI	Cahiers de Droit Fiscal International
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
Diss.	Dissertation
DSJG	Deutsche Steuerjuristische Gesellschaft e. V.
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DStZ	Deutsche Steuerzeitung (Zeitschrift)



DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
DWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EStDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
EStG	Einkommensteuergesetz
EStR	Einkommensteuer-Richtlinien
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGVÜ	Übereinkommen der Europäischen Gemeinschaft über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27.9.1968.
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25.3.1957
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
FG	Finanzgericht
Fn.	Fußnote
FR	Finanz-Rundschau (Zeitschrift)
FRL	Fusionsrichtlinie
FS	Festschrift
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GoB	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
Hess.	Hessen (hessisch)
HFR	Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung
HGB	Handelsgesetzbuch
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
HS	Halbsatz
i.d.R.	in der Regel
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Zeitschrift)
i.R.d.	im Rahmen der/des
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
IWB	Internationale Wirtschafts-Briefe
JbFfSt	Jahrbuch der Fachanwälte für Steuerrecht (Zeitschrift)

JW	Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KGJ	Jahrbuch für Entscheidungen des Kammergerichts
Komm.	Kommentar
KSt	Körperschaftsteuer
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KWG	Kreditwesengesetz
LAG	Lastenausgleichsgesetz
lit.	Litera (Buchstabe)
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht
MA	Musterabkommen
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer (Zeitschrift)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NSt	Neues Steuerrecht von A bis Z
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OLG	Oberlandesgericht
OLGR	Rechtsprechung der Oberlandesgerichte
RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht, begründet von Ernst Rabel
RegE.	Regierungsentwurf
RFH	Reichsfinanzhof
RG	Reichsgerichtshof
RGZ	Amtliche Sammlung von Entscheidungen des RG
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
rkr.	rechtskräftig
Rspr.	Rechtsprechung
RStBl.	Reichssteuerblatt
Rz.	Randziffer
S.	Satz, Seite
SE	Societas Europaea (Europäische Aktiengesellschaft)
StbJb	Steuerberater-Jahrbuch (Zeitschrift)
StBp	Die steuerliche Betriebsprüfung (Zeitschrift)
StKongRep	Steuerberaterkongreß-Report (Zeitschrift)
StuW	Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)
tir.	tiret (Gedankenstrich)
Umstr.	Umstritten
UmwStG	Umwandlungssteuergesetz
UStDV	Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung
UStG	Umsatzsteuergesetz

vgl.	vergleiche
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Zeitschrift)
WPg	Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
WSA	Wirtschafts- und Sozialausschuß
WuB	Entscheidungssammlung für das Wirtschafts- und Bankrecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
z.T.	zum Teil
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft

## Einleitung

Seit den Römischen Verträgen von 1957 plant Europa die Ermöglichung der grenzüberschreitenden Verschmelzung. Solange jedoch ausdrückliche Regelungen in den angesprochenen Gesellschaftsrechten fehlen und die nationalen Steuerbehörden die Besteuerung der stillen Rücklagen fordern, scheinen die nationalen Grenzen für Gesellschaften unüberwindlich zu sein. Obwohl Einigkeit darüber besteht, daß diese Probleme durch eine europaeinheitliche Lösung beseitigt werden müssen, lehnten die Mitgliedstaaten die dafür erforderliche Beschränkung ihrer Regelungsbefugnisse lange Zeit ab.

Die größten Schwierigkeiten bereiten die nationalen Steuerrechte mit der anfallenden Liquidationsbesteuerung. Dieses Hindernis will die am 23.7.1990 verabschiedete EG-Fusionsrichtlinie aus dem Weg räumen.<sup>1</sup> Im Grundsatz sieht diese Richtlinie die steuerneutrale Behandlung der in den Wirtschaftsgütern ruhenden stillen Rücklagen vor bis zu deren tatsächlicher Realisierung. Obwohl die Richtlinie bis zum 1.1.1992 umgesetzt werden sollte,<sup>2</sup> hatten bis zum April 1993 nur Dänemark, Portugal und Spanien die Verpflichtung zur Transformation vollständig erfüllt.<sup>3</sup>

Vier weitere EG-Mitgliedstaaten haben die Richtlinie teilweise transformiert, aber den Bereich der grenzüberschreitenden Verschmelzung ausgespart.<sup>4</sup> In Deutschland wurde die FRL durch das Steueränderungsgesetz 1992<sup>5</sup> nur auf dem Gebiet des Anteilstauschs und der Einbringung von Unternehmensteilen umgesetzt. Für grenzüberschreitende Verschmelzungen aber verweigert der Steuergesetzgeber die entsprechende Reform des deutschen Steuerrechts, solange der gesellschaftsrechtliche Rahmen für grenzüberschreitende Verschmelzungen fehlt. Damit wird die enge gegenseitige Abhängigkeit von Steuerrecht und Gesellschaftsrecht deutlich. Eine Behandlung der Besteuerung grenzüber-

---

<sup>1</sup> Richtlinie des Rates vom 23.7.1990 über das gemeinsame Steuersystem für Fusionen, Spaltungen, die Einbringung von Unternehmensteilen und den Austausch von Anteilen, die Gesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten betreffen, ABIEG. 1990 Nr. L 225, 1 - 5.

<sup>2</sup> Art. 12 Abs. 1 FRL.

<sup>3</sup> Dänemark: Lov Nr. 2/9 AF 03/04/92, Lovidende A 1992, S. 827; Portugal: Decreto - Lei N. 123/92 vom 02.07.1992, Diario da Republica i Aviso N. 150 vom 02.07.1992; Spanien: Ley N. 29/1991 vom 16.12.1991, Bolitin Oficial Del Estado N. 301 17/12/91, S. 40533. Quelle: Datenbanken der EG-Kommission (CELEX-Datenbanken), Dokumentennr. 10479. Vgl. auch *Thömmes*, IWB Fach 5, EG, Gruppe 2, 197.

<sup>4</sup> Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg. Datenbanken der EG-Kommission (CELEX-Datenbanken), Dokumentennr. 10479; *Thömmes*, IWB Fach 5, EG, Gruppe 2, 197.

<sup>5</sup> In der vom Bundestag in 1. Lesung beschlossenen, am 14. Februar 1992 vom Bundesrat endgültig verabschiedeten Fassung vom 8.11.1991, BGBl. I 1992, 297.

schreitender Verschmelzungen ist unmöglich, ohne vorher die gesellschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen erörtert zu haben.

### A. Ziel der Arbeit

Die FRL verlangt vom nationalen Gesetzgeber grundlegende Reformen auf dem Gebiet der direkten Unternehmenssteuern. Dennoch besteht keine Klarheit darüber, wie grenzüberschreitende Verschmelzungen mit dem gegenwärtig zur Verfügung stehenden Instrumentarium des nationalen Steuerrechts zu behandeln sind. Bevor jedoch ein richtlinienkonformer Lösungsvorschlag erwogen werden kann, müssen in einer Bestandsaufnahme die gegenwärtigen Rahmenbedingungen und Hindernisse für grenzüberschreitende Verschmelzungen sowohl im Bereich der direkten Steuern als auch im Bereich des Gesellschaftsrechts aufgearbeitet werden. Folgende Fragen will die Arbeit beantworten:

- Welche gesetzlichen Rahmenbedingungen bestehen gegenwärtig im deutschen Gesellschafts- und Steuerrecht für grenzüberschreitende Verschmelzungen?
- Welche Anforderungen stellt die Fusionsrichtlinie an das nationale Steuerrecht und welche unmittelbaren Auswirkungen hat sie?
- Wo besteht im Steuerrecht noch Reformbedarf zur Umsetzung der FRL?

### B. Gang der Untersuchung und Abgrenzung des Themas

Die Arbeit behandelt die Verschmelzungen von Aktiengesellschaften aus zwei oder mehr EG-Mitgliedstaaten.<sup>6</sup> Andere grenzüberschreitende Strukturveränderungen wie die Spaltung oder der Anteilstausch werden nicht berücksichtigt. Die grenzüberschreitende Verschmelzung kann grundsätzlich in zwei Richtungen stattfinden, je nach dem, ob der übernehmende Rechtsträger Inländer oder Ausländer ist. Der weitaus problematischere Fall ist die Übertragung auf einen ausländischen Rechtsträger. Dabei werden schützenswerte inländische Interessen berührt, deren Wahrung sichergestellt sein muß: Das Interesse des Steuergläubigers auf Erfassung der stillen Rücklagen, der Unternehmensgläubiger auf Sicherstellung ihrer Forderungen, der Aktionäre auf Geltendmachung ihrer Eigentümerrechte sowie der Arbeitnehmer im Rahmen der Unternehmensmitbestimmung. Verschmelzungen in der umgekehrten Richtung berühren inländische Interessen dagegen kaum. Schwerpunkt der Untersuchung ist daher die "auswandernde" Verschmelzung.

---

<sup>6</sup> Vgl. Art. 1 FRL.

### I. Zivilrechtliche Rahmenbedingungen

Das Steuerrecht ist in vielfältiger Weise abhängig von zivilrechtlichen Wertungen. Als Beispiel sei nur die Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Besteuerung gemäß § 5 Abs. 1 EStG genannt oder § 1 UmwStG, der als Tatbestandsmerkmal für die Anwendbarkeit der §§ 2 - 19 UmwStG die Gesamtrechtsnachfolge voraussetzt. Soweit erforderlich, ist daher im Vorfeld die grenzüberschreitende Verschmelzung zunächst aus der Sicht des deutschen IPR und Gesellschaftsrechts darzustellen. Dazu gehören auch geplante EG-Rechtsakte, soweit sie die grenzüberschreitende Verschmelzung betreffen.

### II. Die Fusionsrichtlinie und ihre Auswirkungen

Die FRL zielt ab auf die steuerneutrale Behandlung grenzüberschreitender Verschmelzungen. Da die Mitgliedstaaten zur Umsetzung verpflichtet sind, ist zu untersuchen, wo die Richtlinie Neues einführen will und wo sie auf Altbekanntes zurückgreift. Auch die Auswirkungen der verstrichenen Umsetzungsfrist sind zu erörtern.<sup>7</sup> Selbst wenn die vom EuGH aufgestellten Voraussetzungen für die unmittelbare Anwendbarkeit nicht erfüllt sind, so trifft die Mitgliedstaaten doch zumindest die Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung.<sup>8</sup> Durch einen Vergleich der FRL-Anforderungen mit dem jetzigen Steuerrecht läßt sich ermitteln, wo gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht und wo auf rechtsvereinheitlichende Maßnahmen verzichtet werden kann. Eine Änderungspflicht entfällt lediglich dann, wenn die Rechtsnormen den Bestimmungen einer Richtlinie bereits in allen Punkten entsprechen.<sup>9</sup>

### III. Steuerrechtliche Rahmenbedingungen

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf den steuerrechtlichen Rahmenbedingungen: Da es keine konkrete Rechtsgrundlage für die Besteuerung grenzüberschreitender Verschmelzungen gibt, könnte eine Besteuerungslücke vorliegen. Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, eine existierende Steuerregel durch Rechtsfortbildung auf unregelte Sachverhalte auszudehnen. Hierfür gibt es jedoch verfassungsrechtliche und gesetzliche Grenzen. Daher sind zunächst in einem Allgemeinen Teil die Grundfragen der steuerlichen Gewinnrealisierung zu klären: Wie entstehen stille Rücklagen und stellen sie bereits Einkommen dar? Oder bedarf es zur Besteuerung erst eines Realisationsaktes? Können die

---

<sup>7</sup> Jarass, NJW 1990, 2420.

<sup>8</sup> Jarass, EuR 1991, 211 (212).

<sup>9</sup> Grabitz - Langeheine, Art. 100 EWGV, Rz. 64.